



19.076

**Zolltarifgesetz.
Änderung (Aufhebung
der Industriezölle)**

**Loi sur le tarif des douanes.
Modification (Suppression des droits
de douane sur les produits
industriels)**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.06.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Antrag der Mehrheit
Nichteintreten

Antrag der Minderheit
(Gössli, Aeschi Thomas, Burgherr, Feller, Landolt, Lüscher, Martullo, Regazzi, Tuena, Walti Beat)
Eintreten

Proposition de la majorité
Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité
(Gössli, Aeschi Thomas, Burgherr, Feller, Landolt, Lüscher, Martullo, Regazzi, Tuena, Walti Beat)
Entrer en matière

Ritter Markus (M-CEB, SG), für die Kommission: Ihre WAK beantragt Ihnen mit 12 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung, nicht auf die Vorlage 19.076, "Zolltarifgesetz. Änderung", einzutreten.

AB 2020 N 649 / BO 2020 N 649

Der Bundesrat möchte mit dieser Vorlage die Zölle auf Industrieprodukten unilateral vollständig abschaffen. Damit würden der Bundeskasse jährlich 540 Millionen Franken an Zöllen plus 20 Millionen Franken bei der Mehrwertsteuer, also total 560 Millionen Franken pro Jahr, entzogen. Eine Gegenfinanzierung für diese finanziellen Ausfälle beantragt der Bundesrat nicht.

Die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt Ihnen aus drei Hauptgründen, nicht auf diese Botschaft einzutreten. 1. Es käme zu einer massiven Schwächung des Bundeshaushaltes. Mit der Abschaffung der Industriezölle gehen der Bundeskasse Zolleinnahmen von, wie gesagt, 540 Millionen Franken und Mehrwertsteuereinnahmen von 20 Millionen Franken verloren. Gesamthaft sprechen wir von jährlich wiederkehrenden Ausfällen im Bundeshaushalt von 560 Millionen Franken.

Bereits vor der Corona-Krise standen sehr viele finanzielle Herausforderungen für den Bundeshaushalt an. Es war bereits zu jenem Zeitpunkt nicht klar, ob und in welcher Form der Bundeshaushalt all den gestellten Ansprüchen entsprechen könnte. Mit der Corona-Krise und den massiven Kosten im hohen zweistelligen Milliardenbereich für die Bundeskasse hat sich die Situation grundlegend geändert. Wir sind aus einer Phase mit einem strukturellen Überschuss in der Bundeskasse in eine Situation mit massiv wegbrechenden Einnahmen gekommen und damit in eine Situation mit sich abzeichnenden hohen Defiziten im Bundeshaushalt. Wir gehen mit grosser Geschwindigkeit einem Sparprogramm entgegen. Jede Einnahme, die wir jetzt fallenlassen, wird den Handlungsbedarf in einem Sparprogramm weiter erhöhen. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, dass der Bundesrat für den Wegfall der Industriezölle keinerlei Gegenfinanzierung vorschlägt. Von einem Spar-





programm wären die vier Bereiche mit schwach gebundenen Ausgaben – die Entwicklungshilfe, die Bildung, die Armee und die Landwirtschaft – am stärksten betroffen. Vor diesem Hintergrund wäre die Abschaffung der Industriezölle mit jährlichen Einnahmehausfällen für die Bundeskasse von insgesamt 560 Millionen Franken ohne eine Gegenfinanzierung auch aus haushaltspolitischen Überlegungen nicht zu verantworten.

2. Falsche Prioritäten: Am 19. Mai 2019 hat das Schweizer Volk zur Staf-Vorlage und damit zur Reform der Unternehmensbesteuerung Ja gesagt. Damit werden die Unternehmen jährlich mit rund 2 Milliarden Franken steuerlich entlastet. Der Bund leistet mit der Erhöhung des Anteils der Kantone an der direkten Bundessteuer einen Beitrag von 700 Millionen Franken daran. Die Mehrheit der Kommission macht geltend, dass es bei der Beratung dieser Vorlage immer klar war, dass es nach dieser finanziellen Entlastung der juristischen Personen im Steuerbereich nachfolgend um die natürlichen Personen gehen muss. Mit dieser Vorlage des Bundesrates zur unilateralen Abschaffung der Industriezölle sollen aber wiederum die Unternehmen entlastet werden.

Die Mehrheit zweifelt zudem an, ob von einer solchen Abschaffung der Industriezölle die Konsumentinnen und Konsumenten effektiv profitieren würden. Die Erfahrung bei der Reduktion der Agrarzölle in den Neunzigerjahren hat gezeigt, dass die Konsumentinnen und Konsumenten in keiner Art und Weise profitieren konnten. Mit den Gatt-Beschlüssen und der Uruguay-Runde bei der WTO und dem damit verbundenen starken Zollabbau sanken die Erlöse der Landwirtschaft für die Produkte von 14 auf 10 Milliarden Franken. Im gleichen Zeitraum stieg aber der Konsumentenpreisindex für die Nahrungsmittel von 100 auf 115 Punkte. Verarbeitung und Handel konnten mit diesem Zollabbau nicht nur auf der Einkaufsseite, sondern gleichzeitig auch auf der Verkaufsseite ihre Margen kräftig erhöhen. Die Mehrheit der Kommission kann nicht erkennen, warum es beim Abbau der Industriezölle grundsätzlich anders laufen sollte.

3. Falsche Strategie: Niemand in diesem Saal zweifelt daran, dass weitere Freihandelsabkommen abgeschlossen oder bestehende angepasst werden sollen. Es ist dabei immer dasselbe: Man muss etwas geben, wenn man etwas bekommen will. Die bestehenden Industriezölle stellen dabei eine wichtige Verhandlungsmasse dar, die bei kommenden Abschlüssen gezielt eingebracht werden kann. Der Bundesrat wird Ihnen nun aber sagen, dass die noch bestehenden Industriezölle kaum ein Potenzial darstellen, die Agrarzölle aber schon. Bei dieser Aussage kam die Mehrheit der Kommission ins Staunen. Die Agrarzölle machen rund 600 Millionen Franken aus, die Industriezölle 540 Millionen Franken. Warum Zölle im Umfang von 600 Millionen Franken, die man laufend für den Abbau nutzen möchte, ein grosses Potenzial darstellen und Zölle im Umfang von 540 Millionen Franken kein wesentliches Potenzial darstellen, konnte der Mehrheit vom Bundesrat nicht erklärt werden.

Der Bundesrat führt in seiner Botschaft als eines der Hauptargumente die administrative Entlastung der Unternehmen ins Feld. Dieses Argument hat sich in den Anhörungen sehr stark relativiert. Es zeigte sich, dass für einen grossen Teil der Produkte aufgrund der nach wie vor erforderlichen Ursprungsnachweise weiterhin eine Verzollung notwendig sein wird. Dabei wird auch weiterhin die Zollbehörde administrativ belastet sein.

Eine wichtige Diskussion fand in der Kommission zur Thematik statt, inwiefern Zölle künftig in der Höhe an eine CO₂-Bilanz der zu importierenden Produkte gebunden werden sollen. Dieses Thema wird unsere Kommission und auch das Parlament die kommenden Jahre bei Freihandelsabkommen weiter beschäftigen.

Die Argumente der Minderheit waren im Wesentlichen jene, die der Bundesrat bereits in der Botschaft ausgeführt hat.

Ich fasse zusammen: Die Mehrheit der Kommission erachtet es erstens aufgrund der massiven, dauerhaften Schwächung des Bundeshaushaltes, zweitens aufgrund der falschen Priorität bei der finanziellen Entlastung und drittens aufgrund der falschen Strategie im Hinblick auf künftige Freihandelsabkommen als nicht zielführend und falsch, auf diese Vorlage einzutreten.

Ihre Kommission beantragt Ihnen daher mit 12 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Herr Kollege Ritter, ich muss Ihnen schon gratulieren. Sie haben es geschafft, als Kommissionssprecher hier kein einziges Mal das Wort "Exportindustrie" zu verwenden. Dazu kann ich Ihnen also wirklich nur gratulieren.

Sie haben die Corona-Krise angesprochen. Ich habe eine Frage, und zwar: Finden Sie es tatsächlich sinnvoll, mit dem gleichen Bundeshaushalt Industrieunternehmen für Kurzarbeit zu entschädigen, aber sie dann im Bereich der Industriezölle nicht zu entlasten? Ist das wirklich Ihre Auffassung von Wirtschaftspolitik?

Ritter Markus (M-CEB, SG), für die Kommission: Ich danke Ihnen für die Frage. Es ist so, dass wir die Unternehmen bisher bei der Arbeitslosenversicherung mit rund 20 Milliarden Franken entlastet haben. Die Alternative wäre gewesen, dass die Arbeitslosenversicherung ihre Beiträge hätte erhöhen müssen. Wenn wir davon



ausgehen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber häufig profitieren, haben wir die Exportindustrie und natürlich die anderen Firmen mit diesem Instrument direkt mit 10 Milliarden Franken unterstützt. Dazu kommt noch die EO, die wir bezahlen und aus dem Steuerhaushalt aufgestockt haben.

Wir haben also im Rahmen dieser Krisenbewältigung sehr viel für die Wirtschaft getan. Hier reden wir aber von dauerhaft wegfallenden Einnahmen für den Bundeshaushalt, und das können wir uns im Moment unter keinem Titel mehr leisten. Mir konnte bis jetzt niemand erklären, wie wir dieses Loch in der Bundeskasse gegenfinanzieren können.

Walti Beat (RL, ZH): Herr Kollege Ritter, Sie und die Mehrheit bemühen sich ja hier um einen Zusammenhang zwischen den Freihandelsverhandlungen und den Industriezöllen. Interessanterweise sind aber gerade zum Beispiel die Landwirtschaftsmaschinen schon heute zollbefreit. Sie können also auch ohne Freihandelsabkommen mit den USA Ihren John-Deere-Traktor zollfrei einführen, während die Industrie auf ein Freihandelsabkommen angewiesen wäre. Finden Sie es nicht etwas doppelzünftig, wenn Sie selber von Vorteilen profitieren, diese aber nicht auch anderen

AB 2020 N 650 / BO 2020 N 650

zugestehen wollen? Oder wären Sie sogar der Meinung, dass wir aus taktischen Gründen konsequenterweise die bestehenden Zollprivilegien aufheben sollten?

Ritter Markus (M-CEB, SG), für die Kommission: Ich muss leider feststellen, dass diese Zollermässigungen bei den Landwirtschaftsmaschinen – ich bin dankbar für diesen Hinweis – nicht bei den Bauern ankommen. Landwirtschaftliche Maschinen kosten in der Schweiz doppelt so viel wie in Baden-Württemberg und Bayern. Wir haben hier das genau gleiche Phänomen, dass die Kaufkraft der Landwirtschaft oder der Konsumenten konsequent abgeschöpft und nichts weitergegeben wird. Das wäre auch bei diesem Zollabbau der Fall. Es würden nicht diejenigen profitieren, die in der Botschaft erwähnt sind, nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten, sondern der gesamte Ertrag würde bei Verarbeitung und Handel liegenbleiben.

Bendahan Samuel (S, VD), pour la commission: Le projet qui vous est soumis prévoit effectivement de supprimer les droits de douane sur les produits industriels, et ce uniquement à l'importation. Toute une liste de produits seraient concernés. Par exemple, en ce qui concerne les vêtements et les produits textiles, cela représenterait 294 millions de francs de réduction de droits de douane; pour les véhicules, 53 millions de francs et, pour les machines, 47 millions de francs.

Il est important de noter que, par exemple, pour une industrie qui est stratégique en Suisse, comme l'horlogerie, cela ne concernerait que 8 millions de francs de baisse des droits de douane, soit 1,4 pour cent. On voit bien que cette baisse directe et indiscriminée des droits de douane affecterait les industries de façon très différenciée. Ce serait donc une politique qui toucherait tout le monde plutôt qu'une politique qui ciblerait des besoins particuliers de l'industrie de notre pays. En plus, la stratégie indiscriminée d'une suppression pure et simple des droits de douane sur les produits industriels ne permettrait pas de mener une politique stratégique en matière de tarification douanière et de contrôle des importations ou des exportations.

Ainsi, par exemple, un secteur comme celui des produits cosmétiques, dont les marges sont déjà très importantes, ne devrait pas forcément adapter quoi que ce soit dans sa politique, mais bénéficierait juste d'une baisse de tarif et verrait donc ses marges augmenter. Quant au secteur automobile, il bénéficierait d'une subvention de plus de 50 millions de francs, alors que nous sommes aujourd'hui en discussion pour trouver des formes de mobilité alternatives afin de diminuer l'achat de véhicules à moteur thermique.

Il y a donc une nécessité assez claire de réfléchir aux politiques à appliquer et aux secteurs qui souhaitent être soutenus par des politiques d'investissement. Je vous rappelle que le projet qui est soumis par le Conseil fédéral coûtera, chaque année, 560 millions de francs suisses. Il s'agit donc d'une réforme extrêmement coûteuse, dans un contexte qui – vous le savez – est particulier.

C'est pour cette raison que la majorité de la commission vous invite à ne pas entrer en matière et à rejeter le projet.

De nombreux arguments viennent étayer une telle décision. D'abord, évidemment, celui des conséquences budgétaires non compensées de la réforme. Il est important de noter que la discussion a eu lieu avant l'incertitude budgétaire qui nous attend à la suite de la crise du coronavirus, puisque notre commission a débattu du projet avant cette crise. L'argument budgétaire, évidemment, résonnera peut-être encore plus fortement pour vous si vous prenez en compte les montants importants qui ont dû être octroyés dans le cadre de la crise et que beaucoup d'entre vous estiment nécessaires. Ainsi, le fait d'ajouter à cela 560 millions de francs de charges annuelles pourrait être une manière peu optimale de soutenir une économie qui est en grande



difficulté.

Cela d'autant plus que cette suppression est unilatérale. Cela veut dire que nous supprimons les droits à l'importation sans obtenir de compensation des pays vers lesquels vont nos exportations. J'espère que M. Christian Wasserfallen entend mes arguments, à savoir que l'industrie exportatrice pourrait bénéficier, elle, de prix plus compétitifs si elle bénéficiait de baisses de tarifs à l'exportation dans les pays importateurs. Il est donc fondamental que nous puissions avoir cet atout dans la négociation, qui consiste à dire que nous sommes d'accord, dans certains cas, de baisser, voire de supprimer, certains types de tarifs douaniers en échange d'une réciprocité de la part des autres Etats. Cela permettrait aussi de rendre plus compétitive notre industrie d'exportation, et pas seulement de rendre plus compétitive l'industrie d'importation chez nous, dans les domaines dont nous parlons.

Un autre problème important est constitué par le fait que, si nous décidons de supprimer tous les tarifs douaniers dans le domaine industriel, cela va répercuter le poids de l'infrastructure douanière sur d'autres types de tarifs douaniers. Or, tant qu'il n'y a pas de compensations, ceux-ci sont à mon sens jugés nécessaires par une majorité de la population. On peut évidemment penser à l'agriculture. Le secteur agricole se retrouvera mis sous une pression extrêmement forte, puisqu'il n'existera plus de tarifs à l'importation sur les produits industriels, et subira aussi une forte libéralisation et une baisse des tarifs douaniers. Les conséquences d'une telle baisse sur le secteur agricole, sans compensations, seraient absolument dramatiques. Il est important d'avoir une politique coordonnée sur la question des droits de douane, incluant la question agricole, et incluant des compensations. Ici, il s'agit d'une baisse indiscriminée, qui ne prend pas en compte cette problématique.

De plus, certains gains ont été estimés dans le rapport du Conseil fédéral, par exemple 100 millions de francs sur les coûts liés à des allègements administratifs. Ces chiffres ne sont pas étayés par des arguments solides, ni par des études sérieuses. Au sein de la commission, nous mettons donc en doute la qualité de ces chiffres et le fait qu'ils puissent refléter une réalité, alors que les chiffres de la production et de l'importation douanières, et surtout les pertes fiscales liées à la suppression des droits de douane, seront, elles, massives.

Des organisations de défense des consommateurs ont fait des analyses de prix lorsque la TVA a légèrement baissé. On remarque que lorsque les prix ou les charges baissent extrêmement peu, par exemple de 0,1 pour cent, les prix ne sont quasiment jamais adaptés à la baisse. Or il a précisément été estimé que la suppression des droits de douane aurait un impact de 0,1 pour cent sur les prix à la consommation. Alors que la baisse des prix des produits à l'importation devrait avoir une répercussion sur le prix final à la consommation, l'intégralité de la somme sera utilisée dans le cadre d'effets d'aubaine et ne retournera, en réalité, pas dans la poche des consommateurs.

Si l'impact était énorme, cela aurait pu être différent. Mais on constate bien que ce n'est pas le cas dans d'autres secteurs dans lesquels de petites baisses de charges ne se répercutent pas sur les consommateurs. Puisque l'on parlait tout à l'heure de l'industrie d'exportation, il faut bien se rappeler qu'un des problèmes majeurs de cette suppression des droits de douane concerne aussi l'industrie domestique. Tous les secteurs d'activité qui réfléchissent au fait de privilégier les circuits courts ou la production locale vont souffrir d'une concurrence internationale plus forte du fait de la baisse des tarifs douaniers. En effet, les produits extérieurs deviendront plus compétitifs par rapport aux produits intérieurs, qui doivent pourtant faire face à des difficultés locales de notre marché suisse liées aux coûts de production en Suisse. Si nous souhaitons favoriser la production locale, l'industrie locale et les PME, nous avons intérêt à ne pas dépenser 560 millions de francs pour rendre plus compétitive l'industrie étrangère par rapport à l'industrie domestique.

Enfin, ce que l'on peut constater, c'est que des secteurs qui ont déjà peu de marge ne vont évidemment pas répercuter cette baisse sur les consommateurs. Pour les secteurs qui ont beaucoup de marge, on constate souvent une élasticité très faible des prix à la consommation. Par conséquent, il n'y aura pas non plus, dans ce cadre, d'adaptation des prix directs à la consommation.

Ainsi, les modifications vont probablement servir à certains bénéficiaires qui ne seront pas incités à modifier de façon positive leur comportement, mais pour lesquels on aura dépensé un demi-milliard de francs par an, ce qui n'est

AB 2020 N 651 / BO 2020 N 651

probablement pas une dépense optimale des ressources publiques, surtout pas aujourd'hui.

Une minorité de la commission estime, par contre, que cette capacité de supprimer les droits de douane n'est pas utile dans le cadre de la négociation d'accords de libre-échange avec nos partenaires, et que ce n'est plus quelque chose d'important. Dans la négociation sur l'abaissement globalisé des droits de douane, la minorité estime donc que, finalement, ce n'est pas du tout important d'avoir cela comme monnaie d'échange, puisque d'autres éléments seraient plus importants.





La minorité pense évidemment que l'industrie de production locale visant l'exportation pourra effectivement se fournir en produits industriels moins chers, ce qui est une réalité, et qu'enfin l'industrie locale utilisant des produits importés, par opposition à l'industrie qui se fournit localement, pourra faire bénéficier les consommateurs d'une baisse des prix de 0,1 pour cent. C'est pour cette raison qu'une minorité propose d'entrer en matière. La commission vous propose, par 12 voix contre 11 et 1 abstention, de ne pas entrer en matière sur le projet que vous avez sous les yeux.

Gössi Petra (RL, SZ): Die Minderheit setzt sich zusammen mit dem Bundesrat für die Aufhebung der Industriezölle und für die Vereinfachung des komplexen Zolltarifs für Industrieprodukte ein. "Abschaffung" heisst hier übrigens nicht, dass die Zollstruktur aufgehoben wird. Es bedeutet, dass die Zölle auf null gesetzt werden. Ich erwähne das explizit, damit auch klar ist, dass die Struktur des Zollgesetzes auch bei einer Zustimmung zum Minderheitsantrag weiterhin bestehen bleibt.

Die Vorlage ist Teil des bundesrätlichen Massnahmenpakets gegen die Hochpreisinsel Schweiz. Sie bezweckt die Reduktion von ungerechtfertigten Handelshemmnissen. In der Vernehmlassung wurde von den verschiedensten Wirtschaftsverbänden und den Handelskammern vor allem die administrative und finanzielle Entlastung für die Unternehmungen besonders positiv hervorgehoben. Dennoch sind wir in der WAK-N bei der Abstimmung über Eintreten knapp mit 11 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung unterlegen. Ich werde Ihnen nun die wichtigsten Diskussionspunkte dar- und auch widerlegen.

Das Hauptargument der Mehrheit war, dass mit der unilateralen Abschaffung der Industriezölle ein Verhandlungspfad für Freihandelsabkommen aus der Hand gegeben würde. Hier hat uns aber die Verwaltung glaubwürdig dargelegt, dass die Industriezölle bei der Verhandlung von neuen Freihandelsabkommen nicht ins Gewicht fallen, weil der Zollertrag mit 560 Millionen Franken schlicht und einfach zu klein ist. Entscheidend für Freihandelsabkommen sind vielmehr Innovationen, der Schutz von geistigem Eigentum oder auch die technischen Handelshemmnisse und damit vor allem eben der neue Markt, der erschlossen wird.

Wir diskutieren hier eine liberale Massnahme, die in der Schweiz das Preisniveau in einigen Produktkategorien senken soll. Es gibt aber einen noch wichtigeren Aspekt, und zwar, dass der administrative Aufwand vor allem für die KMU erleichtert wird. Schweizer Unternehmen bezahlen aktuell rund 500 Millionen Franken Zollkosten pro Jahr, auch für Importe von Industriegütern, und das, obwohl aufgrund der Freihandelsabkommen schon ein grosser Teil dieser Zollabgaben gar nicht mehr anfallen müsste. Das ist aber alles so kompliziert orchestriert, dass es den Unternehmen leichter fällt, einfach die Zollabgabe zu entrichten, als alle Ursprungsnachweise zu erfüllen. Das kann es doch nicht sein.

Ein weiterer Punkt: Die Mehrheit kritisierte, dass die Industriezölle nicht durch das Konzept einer Nachhaltigkeitssteuer auf Industrieprodukte ersetzt wurden. Aber diese Vorlage schafft kein Präjudiz für Border Tax Adjustments. Mit der Diskussion über Zölle Umwelt- oder Industriepolitik zu betreiben, ist eine andere Politik als die Aufhebung der Industriezölle. Zuerst müssen nämlich die bestehenden Hürden abgebaut werden, weil von den Industriezöllen alle Produkte einfach gleich betroffen sind. Industriezölle sind kein gutes Instrument, um etwas für die Umwelt zu tun. Erst danach, also nach der Abschaffung, ist der Weg für die Parteien frei, um Regeln zu finden, um Produkte nach selektiven Kriterien mit Abgaben zu belasten und damit – wenn das das Ziel ist – auch unattraktiv zu machen.

Ein weiteres gewichtiges Argument, das für die Aufhebung spricht, hat sich erst nach der Behandlung in der WAK deutlich gezeigt: In der Nach-Corona-Zeit, die für die Wirtschaft besonders schwierig wird, unterstützt die Abschaffung der Industriezölle einen industriellen Aufschwung. Davon profitieren auch die Konsumenten, weil 70 Prozent der bezahlten Zölle auf Konsumgütern erhoben werden. Konsequenterweise sieht die Vorlage auch die Einrichtung eines Monitorings vor, um eben sicherzustellen, dass diese Gewinne an die Konsumenten weitergegeben werden. Wir laufen also nicht Gefahr, dass sich das in einer höheren Marge bei den Unternehmungen niederschlägt.

Die Verwaltung schätzt die positiven Effekte auf 860 Millionen Franken, also auf mehr als die 560 Millionen Franken, die an Einnahmen wegfallen. Die volkswirtschaftlichen Aspekte in Franken zu bemessen, ist aber schwierig, weil eine erfolgreiche Standortpolitik immer komplex ist.

Die Bedingungen für produzierende Branchen sind so zu gestalten, dass es für sie interessant wird, in der Schweiz zu produzieren, Arbeitsplätze zu schaffen und Gewinne zu erzielen. Dann kommt der Staat nämlich wieder zu Steuereinnahmen. Mit diesen Einnahmen können auch Begehrlichkeiten wie die Individualbesteuerung oder sonstige Steuererleichterungen für natürliche Personen oder auch für Familien finanziert werden.

Noch ein Punkt, der vor allem an die Ratslinke geht: Viele von Ihnen fordern aktuell ein Konjunkturpaket. Die Abschaffung der Industriezölle ist genau ein solches Konjunkturpaket, wie Sie es fordern. Sie brauchen jetzt also nur noch der Minderheit zuzustimmen.



Ich schliesse hiermit, und ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Martullo-Blocher Magdalena (V, GR): Die verhängten Corona-Massnahmen haben zu enormen Einbrüchen in der Wirtschaft geführt, nicht nur in der Schweiz, sondern zum Teil noch viel massiver auf der ganzen Welt, in den ausländischen Märkten. Im Alltag hatten oder haben wir die Bilder der geschlossenen Läden, Restaurants, Zoos usw. vor Augen und leiden mit diesen Unternehmen und ihren in Kurzarbeit gesetzten Angestellten oder der immer grösseren Zahl von Arbeitslosen mit. Wertschöpfungsbezogen verursachen aber nicht die geschlossenen Geschäfte den grössten volkswirtschaftlichen Schaden. Nein, den mit Abstand grössten Schaden verursacht bereits jetzt der Einbruch der Industrie und des Gewerbes, und damit sind ihre Arbeitsplätze bedroht, werden ihre Investitionen nicht mehr getätigt und sind ihre Zahlungen von Steuern und Abgaben unter Druck. Die Industrie, vor allem auch die exportorientierte Industrie, geht durch all den Rummel, durch die Schliessung von Inlandgeschäften fast unter. Dabei generiert sie die Wertschöpfung, nicht die Landwirtschaft. Im Gegenteil: Sie finanziert diese sogar noch. Dabei arbeitet in der Industrie bereits heute mehr als die Hälfte der Leute im Rahmen von Kurzarbeit. Es werden keine Leute mehr eingestellt.

Jeden zweiten Franken verdient die Schweiz im Ausland. Wenn wir uns die Exporte ansehen – und ich habe gerade von Bundesrat Ueli Maurer die letzten Zahlen bekommen –, dann stellen wir einen regelrechten Absturz fest. Jeden Monat ist der Rückgang grösser, inzwischen liegt er 30 Prozent hinter dem Vorjahr. Für die Weltwirtschaft wird für das ganze Jahr ein Rückgang in dieser Grössenordnung prognostiziert. Es wird also extrem schwierig in dieser Krise.

Der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze und der Steuereinnahmen von Firmen hat politisch bereits aggressiv begonnen. Attraktive Anreize und verbesserte Rahmenbedingungen werden profitablen und innovativen Unternehmen gewährt, um sie zu einem Wechsel in andere Länder und zur Verlagerung der Arbeitsplätze zu bewegen. Viele Firmen restrukturieren zurzeit oder machen solche Überlegungen – auch in der Schweiz. In diesem Wettkampf kann die Schweiz nicht stillstehen. Wir müssen versuchen, nicht über den Staat die Wirtschaft zu finanzieren, was sowieso nie gelingt. Wir

AB 2020 N 652 / BO 2020 N 652

müssen auch nicht Konjunkturpakete schnüren, die sowieso zu spät kommen. Wir müssen vielmehr die finanziellen und regulatorischen Rahmenbedingungen verbessern, um im international verschärften Wettkampf der Standorte weiterhin mithalten zu können.

Die Industriezölle sind wesentlich. Auf einzelnen Gütern betragen sie 35 bis 60 Prozent. Die Abschaffung dieser Zölle ist eine Massnahme, die sich zugunsten unserer importierenden und exportierenden Industrie, aber auch zur Unterstützung des Konsums schon lange aufdrängt. Es geht hier um veraltete Protektionsmassnahmen für ehemalige eigene Industrien, die wir heute in der Schweiz gar nicht mehr haben und die auch nicht zurückkehren werden. Die damit verbundene finanzielle und administrative Entlastung ist heute nötiger denn je. Bedenken wir, dass in der gebeutelten Maschinenindustrie bereits 70 Prozent der Unternehmen keinen Gewinn oder sogar Verlust schreiben; sie bezahlen 125 Millionen Franken Importzölle pro Jahr. Die Textilindustrie muss Zölle von 250 Millionen Franken bezahlen. Auch die chemische Industrie, deren Güter mehrfach die Grenze überschreiten, wird von Zöllen belastet. Vor allem auch die administrative Entlastung bezüglich des Ursprungsnachweises ist eine Entlastung, die in der jetzigen Zeit besonders nötig ist.

Die Zölle, welche die Unternehmen auf den betreffenden Importgütern bezahlen, bleiben an ihnen hängen, oder sie müssen mit grossem administrativen Aufwand entsprechende Ursprungsnachweise erbringen. Der Bund schätzt allein die administrative Entlastung bei den Unternehmen auf 100 Millionen Franken pro Jahr. Das ist ein wesentlicher Betrag und wurde von den Kommissionssprechern leider gar nicht erwähnt. Auch die Zollverwaltung stellt für ihr Programm Dazit, dank dem 300 Stellen abgebaut werden sollen, als Grundlage diese Abschaffung der Industriezölle in Aussicht.

Im Inland haben wir für die betroffenen Güter wie Fahrräder, Körperpflegeprodukte, Haushaltgeräte oder Elektronikartikel einen Wettbewerb, der spielt, wie die entsprechende Preissenkung gezeigt hat. Mindestens ein Teil dieser Zolleinsparungen wird auch den Konsumenten im Inland zugutekommen, einem Konsum, den wir nach Corona jetzt noch speziell brauchen.

Die Befürchtung, die Schweiz hätte wegen der Senkung der Industriezölle schlechtere Karten bei Verhandlungen für Freihandelsabkommen, greift einfach zu kurz: Drei Viertel dieser Güter kommen aus Ländern, mit welchen wir schon Freihandelsabkommen haben; da geht es gar nicht mehr um Verhandlungen.

Die Hoffnung, eigene Pfründe im Finanzbudget zu erhalten, zum Beispiel für die Landwirtschaft, rechtfertigt in keiner Art und Weise, dass wir Industrie und Konsumenten, besonders in dieser schwierigen Zeit, weiter mit Importzöllen benachteiligen.



Der Bundesrat hat bei einer Abschaffung der Industriezölle einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Nettotonutzen von über 300 Millionen Franken ausgewiesen; auch das wurde von den Kommissionssprechern nicht erwähnt.

Unternehmen, die zukünftig Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und eine grosse Wertschöpfung versprechen, aktuell aber in einer schwierigen Lage sind, die noch anhalten wird, Konsumenten, die dank tieferen Preisen den Konsum ankurbeln können, sowie Einsparungen bei der Zollverwaltung sind der sinnvolle Nutzen dieser Abschaffung der Industriezölle – ein Nutzen, den wir sonst, bei anderen Massnahmen, vergeblich suchen. Nie war eine Entlastung der Wirtschaft und eine Unterstützung des Konsums so sinnvoll und nötig wie in der jetzigen Zeit!

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und der Abschaffung der Industriezölle zuzustimmen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Die SP-Fraktion beantragt Ihnen klar Nichteintreten auf diese Vorlage, dies aus vielen guten Gründen:

1. 80 Prozent der importierten Güter haben keine Zölle. Bei den verbleibenden Gütern beträgt der Durchschnittszoll 1,8 Prozent. Dies zeigt eindrücklich: Die Zölle sind definitiv kein relevanter Kostentreiber und bestimmen die Preise, wenn überhaupt, nur marginal. Wer hier so tut, wie wenn die Abschaffung der Industriezölle jetzt das grosse Konjunkturpaket oder diese Zölle überhaupt ein relevanter Kostenfaktor für die Wirtschaft wären, der irrt sich.

2. Umso erstaunlicher ist, dass uns der Bundesrat diese Vorlage im Rahmen des Massnahmenpaketes gegen die Hochpreisinsel Schweiz präsentiert. So beziffert er in der Botschaft die Wirkung auf die Preise mit einer Senkung von sage und schreibe 0,1 Prozent. Es ist recht dreist, uns eine 0,1-prozentige Preissenkung als Anti-Hochpreisinsel zu verkaufen, zumal wir keinerlei Handhabe haben durchzusetzen, dass die Zollvorteile tatsächlich an die Konsumenten weitergegeben werden. Im Gegenteil: Empirisch zeigt sich, dass Zollsenkungen selten bis kaum bei den Konsumenten ankommen.

3. Für einen nicht existenten Preisvorteil setzt der Bundesrat Verhandlungsmasse für künftige Freihandelsabkommen aufs Spiel, und das auf Vorrat! Wer beschränkt sich bitte sehr selber in seiner eigenen Verhandlungsmacht? Heissen wir diese Vorlage gut, dann isolieren wir die Agrarzölle, und diese wären als einzige Verhandlungsmasse für künftige Freihandelsabkommen in die Waagschale zu werfen. Sich selber in Verhandlungen präventiv schwächen ohne Not und ohne dass es einen sichtbaren Nutzen auf der anderen Seite gibt – so etwas tut man einfach nicht.

4. Noch schlimmer: Heissen wir die Vorlage gut, dann verlieren wir jeden Spielraum für Sektorpolitik, zum Beispiel für die präferenzielle Handhabung des Imports von umweltschonenden oder sozial produzierten Gütern oder für CO₂-Ausgleichsmechanismen. Eine Abschaffung aller Industriezölle auf Vorrat wäre damit im Hinblick auf künftige Herausforderungen des nachhaltigen Umbaus unserer Wirtschaft völlig anachronistisch.

5. Last, but not least: Diese Vorlage würde zu Einnahmenausfällen von jährlich 563 Millionen Franken führen, also von 0,7 Prozent aller Bundeseinnahmen. Auch das ist wohl aus der Zeit gefallen und falsch.

Ich sage es noch einmal: Für den einzelnen Importeur resultiert eine minimste Kostenentlastung – eine minimste Kostenentlastung, die im marginalen Bereich ist. Von den ganzen Kosten des jeweiligen Importeurs sind das Komma Stellen hinter der Null. In der Summe aber resultieren sie in einem hohen Ausfall für die Staatskasse.

Zusammengefasst: Diese Vorlage bringt marginalen Nutzen, aber viel Schaden. Sie ist unnötig, geschieht ohne Not – da, wo Not ist, wie bei der Textilindustrie, haben wir bereits Ausnahmen – und schwächt die Schweiz in vielerlei Hinsicht.

Aus all diesen guten Gründen empfiehlt Ihnen die SP-Fraktion, dem Antrag der Mehrheit auf Nichteintreten zu folgen.

Dandrès Christian (S, GE): L'objectif annoncé du gouvernement est de combattre par cette mesure l'îlot de cherté. Le groupe libéral-radical a ajouté tout à l'heure qu'il souhaitait également par ce moyen soutenir les familles. J'ai le sentiment que cette expression reflète assez mal la réalité de ce projet de loi. En effet, si le Conseil fédéral voulait soulager le budget des ménages, on aurait pu s'attendre à ce qu'il s'attaque à ce qui pèse le plus sur ces ménages, à savoir les frais de logement et les primes d'assurance-maladie. Mais concernant ces postes dont la part augmente chaque année un peu plus dans le budget des ménages, il n'y a aucune mesure du Conseil fédéral. Au contraire, ce dernier combat les propositions qui ont été formulées.

J'annonce ici mes liens d'intérêts: je travaille pour l'Association suisse des locataires. Je rappelle que le Conseil fédéral a combattu l'initiative populaire de l'Asloca, "Davantage de logements abordables", qui aurait permis de



briser certains monopoles sur le marché du logement et permis aux "consommateurs-locataires" d'avoir plus de choix dans l'offre de logements et de pouvoir faire jouer la concurrence entre bailleurs privés et maîtres d'ouvrage d'utilité publique.

Pire que cela, le Conseil fédéral combat également l'initiative du Parti socialiste pour le plafonnement des primes maladie. Il y a à peine une dizaine de jours, à la veille d'une catastrophe sociale liée à la crise du Covid-19, le Conseil fédéral a déclaré refuser cette protection sociale essentielle pour

AB 2020 N 653 / BO 2020 N 653

que les ménages de la classe moyenne puissent arriver à maintenir le cap alors qu'ils s'apprentent à boire la tasse. Le Conseil fédéral reproche à cette initiative de ne pas prendre en compte la maîtrise des coûts de la santé. Pense-t-il vraiment que les ménages, dont les membres se serrent la ceinture, sont en bonne santé et ont des franchises minimales, et s'amusent à gaspiller des prestations de soins?

L'examen de ce projet de suppression des droits de douane à l'aune de ces décisions du Conseil fédéral et dans ce contexte de crise du Covid-19 prend une tournure presque ironique. C'est une mesure qui a été décidée de manière unilatérale, hors contexte d'accord de libre-échange; c'est une mesure qui se présente plutôt comme une sorte de profession de foi en faveur du libre-échange ou alors comme un cadeau de 500 millions de francs au bénéfice de quelques importateurs et de quelques secteurs de l'économie. C'est une profession de foi assez mal ficelée et qui serait fort mal payée en retour puisqu'elle servirait les intérêts de pays qui refusent d'accorder la pareille à la Suisse et qui n'ont pas signé un certain nombre d'accords de libre-échange avec l'OMC.

On l'a dit, les marchandises visées principalement sont les véhicules automobiles importés, dont les Suissesses et les Suisses ne changent pas toutes les semaines, et d'autres biens qui entrent dans la production de marchandises qui sont ensuite exportées et qui dès lors ne profitent toujours pas aux consommateurs en Suisse. Je rappelle également que les médicaments et les biens informatiques essentiels ne sont d'ores et déjà plus frappés de droits de douane. Les ménages n'auraient donc pas moins de peine à boucler leurs fins de mois avec cette mesure du Conseil fédéral qui n'a absolument rien prévu, et cela a déjà été indiqué, pour s'assurer que cette baisse des tarifs profiterait au consommateur final et non pas aux importateurs.

J'ajoute quelques mots à propos des importateurs d'automobiles dont les intérêts seraient bien servis par cette mesure, puisque les quelques importateurs qui dominent le marché pourraient augmenter leur marge de profit. Ils sont très peu nombreux. Quatre importateurs se partagent ce marché: le groupe Amag, 4,4 milliards de francs de chiffre d'affaires en 2015; le groupe Emil Frey, presque 2 milliards de chiffre d'affaires en 2015; le groupe BMW Suisse, 2 milliards de chiffre d'affaires en 2015; le groupe Mercedes-Benz, presque 2 milliards de chiffre d'affaires en 2015. C'est donc à ces sociétés que l'on voudrait faire des cadeaux sachant qu'elles emploient moins de 10 000 personnes en Suisse, et que le secteur des garages – alors que l'impact aurait pu être un peu plus fort le bassin de population concerné étant plus large puisque 40 000 personnes y travaillent – ne bénéficierait pas de cette mesure.

Donc, en résumé, si l'utilité de cette mesure pour l'économie suisse et les consommateurs est plus que douteuse, en revanche ses conséquences seraient certaines. Ces 500 millions de francs de moins dans les recettes fiscales auraient des conséquences immédiates au niveau du budget, alors qu'aujourd'hui la Confédération est en proie à d'énormes difficultés, étant donné la situation de crise qui appelle une réponse marquée et importante en termes de soutiens et d'investissements notamment.

On peut s'étonner enfin de voir que celles et ceux qui, hier, invoquaient la ruine des finances publiques pour refuser quelque 10 millions de francs aux personnes les plus nécessiteuses, qui doivent faire la queue pour obtenir des bons alimentaires, appellent de leurs vœux une coupe de plus de 500 millions de francs dont l'utilité sociale est plus que discutable.

Puisque le Conseil fédéral n'a pas la décence de retirer ce projet dans le contexte de crise actuelle, le groupe socialiste vous appelle à ne pas entrer en matière.

Müller Leo (M-CEB, LU): Der Bundesrat legt mit der Botschaft 19.076 eine Vorlage vor, mit der er auf über eine halbe Milliarde Franken Einnahmen pro Jahr verzichten will. Er will nämlich die Industriezölle abschaffen, unilateral, ohne auch nur eine einzige Gegenleistung dafür zu erhalten. Die Mitte-Fraktion hat mehrheitlich beschlossen, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Warum?

Der Bundesrat will einseitig und ohne Einhandlung irgendwelcher internationaler vertraglicher Vorteile die Industriezölle abschaffen. Dadurch vergibt er sich eine wichtige Verhandlungsposition für weitere Freihandelsabkommen. Der Bundesrat behauptet zwar, das spiele keine grosse Rolle. Aber was sind denn Freihandelsabkommen? Worum geht es bei diesen Freihandelsabkommen? Es geht um Zollsenkung oder Zollbefreiung, und



es geht um die Beseitigung von technischen Handelshemmnissen. Deshalb ist die einseitige Abschaffung der Zölle taktisch völlig ungeschickt. Da geben wir ein Verhandlungspfand ohne Not aus der Hand. Wir entwaffnen uns selbst und gehen dann mit leeren Händen an den Verhandlungstisch. Macht das ein gewiefter Verhandler? Wohl kaum!

Zu überlegen ist zudem, was jene Staaten über die Schweiz denken, die für einen zollfreien Zugang zum Schweizer Markt ihrerseits Konzessionen machen mussten. Die Schweiz hat ihnen in den Verhandlungen Zugeständnisse abgerungen. Diese Zugeständnisse verlieren mit der einseitigen Abschaffung der Zölle durch die Schweiz nun jegliche Legitimation. Diese Länder kommen sich doch deshalb völlig blöd vor. Diese Staaten werden sich nun überlegen, ob sie allenfalls weitere Forderungen an die Schweiz stellen werden. Damit kommen wir in Teufels Küche.

Ein Weiteres: Der Bundesrat verkauft diese Vorlage auch als Massnahme zur administrativen Entlastung der Unternehmen. Dazu gibt es Folgendes zu sagen: Wir haben in der Kommission Anhörungen durchgeführt. Mehrere Anhörungsmitglieder haben geltend gemacht, dass dieses Argument nicht stimme und nicht steche. Es wurde uns gesagt, dass der administrative Vollzugsaufwand gleich bleibe, weil so oder so ein Ursprungsnachweis benötigt werde. Ebenso müssten Statistiken über die Einfuhren geführt werden. Deshalb müssten diese Einfuhren weiterhin erfasst werden.

Und weiter: Diese Vorlage wird auch als Vorlage für die Konsumentinnen und Konsumenten verkauft. Diese Behauptung stimmt wirklich nicht. Dazu zitiere ich aus der Botschaft des Bundesrates an das Parlament. Dort schreibt der Bundesrat selber: "Für das aggregierte Konsumentenpreisniveau wird von einem Rückgang von minus 0,1 Prozent ausgegangen." Das steht auf Seite 8508 der Botschaft, Sie können es nachlesen. Stellen Sie sich vor: Sie gehen einkaufen, Sie stehen vor der Kasse und wollen gerade Ihren Einkauf berappen. Nehmen wir an, Sie haben einen Einkauf für 100 Franken getätigt. Und nachdem die Industriezölle dann abgeschafft wären, würden Sie nicht 100 Franken bezahlen, sondern Sie würden Fr. 99.90 bezahlen. Also, Sie hätten gerade mal 10 Rappen auf einen Einkauf von 100 Franken gespart. Kommt das den Konsumentinnen und Konsumenten entgegen? Wohl kaum.

Ich muss Ihnen sagen, es freut mich, dass unsere Fraktion da nicht allein ist. Auch die SVP hat bereits in ihrer Stellungnahme vom 21. März 2019 klar gesagt, dass sie eine unilaterale Aufhebung der Industriezölle ablehnt. Ich bin zwar etwas erstaunt über das Votum der Sprecherin der SVP-Fraktion, aber ich gehe davon aus, dass es noch einige gibt, die heute die gleiche Haltung, wie damals verkündet, vertreten.

Ein Weiteres: Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass die Finanzkommission unseres Rates bereits weit vor der Corona-Krise in einem Mitbericht an unsere Kommission für Wirtschaft und Abgaben nur mit Stichtentscheid des Präsidenten beantragt hat, auf diese Vorlage einzutreten. Nehmen wir an, die Finanzkommission müsste heute entscheiden: Da verrate ich wohl kein Geheimnis, dass die Finanzkommission für Nichteintreten auf die Vorlage votieren würde.

Damit leite ich zu den Finanzen über. Es gibt zwei triftige Gründe, warum aus finanzieller Sicht nicht auf die Vorlage eingetreten werden sollte: Erstens ist weit und breit keine Idee vorhanden, wie dieser Einkommensausfall von über einer halben Milliarde Franken gegenfinanziert werden könnte, und zweitens passt diese Vorlage überhaupt nicht ins heutige finanzpolitische Umfeld. Wir haben grosse, sehr grosse Herausforderungen anzunehmen. Wenn wir die Corona-Schulden gemäss Schuldenbremse abbauen müssten, müssten wir pro Jahr etwa 5 Milliarden Franken dafür aufwenden. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Steuerausfälle beim

AB 2020 N 654 / BO 2020 N 654

Bund ebenfalls etwa 5 Milliarden Franken ausmachen würden. Jetzt können Sie selber rechnen: Das Bundesbudget müsste um 10 Milliarden Franken pro Jahr entlastet werden, und wir alle wissen, dass das nicht geht. Jetzt besteht noch die Idee, auf eine weitere halbe Milliarde Franken an Einnahmen zu verzichten. Da verstehe ich die Welt wirklich nicht – es ist keine geniale Idee.

Ein weiteres Argument: Sie haben es vom Kommissionssprecher gehört, wir haben mit der Revision des Unternehmenssteuerrechts den Unternehmen nun rund 2 Milliarden Franken zurückgegeben. Zudem haben wir von unserer Fraktion Anliegen in anderen Bereichen, Anliegen betreffend die natürlichen Personen. Wir wollen schon längst die Heiratsstrafe abschaffen, wir wollen die Kinderabzüge erhöhen, und wir werden darüber auch abstimmen können. Es gibt jetzt schon Stimmen, die sagen, ja, das könnten wir uns jetzt nicht leisten, weil wir da so viele Schulden hätten, die wir abbauen müssten. Für die natürlichen Personen, so scheint es, haben wir kein Geld für Steuerentlastungen, wir haben es aber hier in diesem Bereich bei den Industriezöllen.

Ich komme zum Fazit. Sehr viele und erdrückende Argumente sprechen gegen die Abschaffung der Industriezölle. Marginale Vorteile stehen gravierenden Nachteilen gegenüber. Ich muss Ihnen sagen, diese Vorlage strotzt nicht gerade vor grosser Cleverness. Wer würde seine Trümpfe aus der Hand geben, bevor das Spiel



beginnt? Ein cleverer Spieler wohl nicht.

Ich hoffe nun, dass eine Mehrheit in diesem Rat strategisch und vorausschauend denkt und auf die Vorlage nicht eintritt.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Les Verts sont favorables à une simplification de la structure tarifaire et à une orientation du système douanier en faveur d'une politique commerciale moderne et d'objectifs écologiques assumés. Ils sont ainsi défavorables à en entrée en matière sur une suppression pure et simple des droits de douanes industriels sans contrepartie.

Ce n'est pas une décision que nous avons prise à la légère. Ce projet contient un allègement administratif pour l'économie, et les membres du groupe des Verts à la Commission de l'économie et des redevances y sont sensibles. De plus, la question du monitoring de la part de la Confédération est indéniablement un bon point du projet. Mais sérieusement et en toute honnêteté, que fera le Conseil fédéral si aucun impact positif pour la population et pour la société dans son ensemble n'est avéré? Proposera-t-il une nouvelle modification de loi pour remettre ces droits de douane? Et le Parlement le suivra-t-il? On peut en douter.

En outre, la perte importante de substrat fiscal, 560 millions de francs, est à prendre au sérieux. D'autant plus en pleine période de flou lié à la réforme fiscale prévue par l'OCDE et à la diminution des rentrées fiscales des entreprises due au Covid-19.

Personnellement, en tant que secrétaire générale de la Fédération romande des consommateurs, qui soutient l'initiative populaire "Stop à l'îlot de cherté – pour des prix équitables", je crains aussi que le Conseil fédéral et les opposants à un contre-projet à l'initiative n'utilisent l'argument de la suppression des droits de douane comme prétexte pour ne plus agir contre l'îlot de cherté. Une manière de dire: "Vous voyez, on s'occupe de l'îlot de cherté, mais d'une autre manière." Or, l'expérience nous a montré que les réductions des charges dans les entreprises ou les facilitations administratives ont rarement conduit à une baisse des prix à la consommation. Les droits de douane étant responsables de moins de 2 pour cent du renchérissement des produits importés, l'argument d'une éventuelle baisse des prix pour les consommateurs n'a donc pas fait mouche au sein des Verts. D'ailleurs, les organisations économiques elles-mêmes relativisent cet argument en évitant, dans leurs lettres de lobbying à notre attention, de s'engager sur une réduction des prix finaux.

Les Verts ne sont pas adeptes d'une solution forfaitaire, qui nous ferait perdre un moyen de diriger notre politique industrielle. Nous sommes au contraire favorables à un système de douane différencié. En commission, nous avons ainsi déposé une proposition afin que l'administration esquisse des pistes pour distinguer les produits, favoriser ceux qui sont écologiquement plus soutenables et taxer ceux qui le sont moins. Dans ce domaine aussi, il faut agir pour une reconversion écologique de l'économie.

Si l'entrée en matière devait quand même être acceptée par notre conseil, ce serait donc notre objectif.

Ryser Franziska (G, SG): Bei ihrer Einführung dienten die Industriezölle dazu, die einheimische Industrie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Doch die Zeit protektionistischer Industriepolitik ist vorbei. Die auf Veredelung spezialisierte Industrie ist auf den Import von Vormaterialien angewiesen. Der Import von ausländischen Produkten ist heute ausdrücklich erwünscht.

Braucht es deshalb keine Zölle mehr? Doch! Denn auch heute bedarf der internationale Handel einer Lenkung, und zwar um die klimapolitischen Massnahmen der Schweiz und der hier ansässigen Unternehmen zu schützen. Zölle sollen deshalb nicht abgeschafft, Zölle sollen differenziert werden. Die Handelsschranken für nachhaltige Güter sollen gesenkt, die für umwelt- und sozialschädliche Güter erhöht werden.

Aus diesem Grund lehnt die grüne Fraktion eine bedingungslose einseitige Abschaffung der Industriezölle ab. Eine Differenzierung der Zölle bietet die Chance, das Handelssystem so umzubauen, dass energieintensive Produkte nicht einfach im Ausland hergestellt und die entsprechenden Emissionen ins Ausland verlagert werden.

Die EU hat im Dezember beschlossen, im Rahmen ihres Green Deal ein Border Tax Adjustment zu prüfen. Auch die Schweiz diskutierte vor einigen Jahren ein solches System, wagte aber keinen Alleingang. Jetzt ist der Zeitpunkt da, um auf internationaler Ebene mitzuziehen, sodass Industriebetriebe, die sich hier, bei uns, an die Umweltstandards halten und eine CO₂-Abgabe entrichten, nicht von ausländischen Konkurrenten mit einem CO₂-Dumpingpreis unterlaufen werden.

Nebst dem klimapolitischen Argument sprechen auch die finanziellen Auswirkungen gegen eine bedingungslose Aufhebung der Industriezölle. Diese würde den Bund jedes Jahr eine halbe Milliarde Franken kosten – Geld, das der Bund gerade jetzt dringend braucht. Wir haben gestern Abend zusätzlichen Nachtragskrediten über fast 15 Milliarden Franken zugestimmt – Geld, das via ALV viele Unternehmen über die Krise getragen hat. Wir können jetzt, nachdem wir die Nachtragskredite im Umfang eines ganzen Bundeshaushaltes für die



Finanzierung der Corona-Massnahmen gesprochen haben, nicht noch weitere Löcher in die Bundeskasse reissen.

Importierte Güter müssen trotz Abschaffung aller Zolltarife an der Grenze immer noch kontrolliert und verzollt werden. Dafür werden dem Bundesrat zufolge weiterhin alle Stellen bei der Zollverwaltung notwendig sein. Die Kosten dafür werden in Zukunft aber nicht mehr von den Verursachenden, sondern nur noch von den Steuerzahlenden getragen.

Die Industriezölle sind heute in der Schweiz mit 1,8 Prozent des Produktwertes bereits auf sehr tiefem Niveau. Ländern, mit denen Freihandelsabkommen bestehen – das sind neben der EU fast fünfzig Länder –, sowie Entwicklungsländern wird bereits heute ein zollfreier Marktzugang gewährt. Das monetäre Einsparungspotenzial für Unternehmen ist daher nur beschränkt vorhanden. Ein mittleres Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 300 Millionen Franken würde durch die unilaterale Senkung der Zölle Einsparungen von rund 150 000 Franken realisieren können, also gerade einmal 0,05 Prozent seines Jahresumsatzes.

Die Industrie in der Schweiz braucht gute Rahmenbedingungen. Mit der Staf haben wir uns diese aber erst kürzlich 2 Milliarden Franken kosten lassen. Um nun nachzudoppeln, fehlt uns der finanzpolitische Handlungsspielraum. Nutzen wir stattdessen die Chance, die sich auf dem internationalen Parkett ergibt. Nutzen wir die Industriezölle als ein Werkzeug für den Umbau hin zu einem klimakompatiblen Handelssystem.

Feller Olivier (RL, VD): La suppression des droits de douane sur les produits industriels vise à réduire les coûts de production à la charge des entreprises, à alléger le fardeau

AB 2020 N 655 / BO 2020 N 655

administratif des PME, à augmenter le pouvoir d'achat des consommateurs et des ménages et à booster la compétitivité internationale de notre pays.

Dans les circonstances présentes, avec une récession qui nous guette, la suppression des droits de douane sur les produits industriels constitue de fait le meilleur des plans de relance imaginables de notre économie. Le groupe libéral-radical entrera donc en matière sur la réforme.

Alors que l'îlot de cherté suisse est pointé du doigt depuis longtemps, alors que la structure tarifaire des douanes compte pas moins de 6172 positions à huit chiffres applicables aux produits industriels, alors que la nécessité de maintenir et de renforcer le pouvoir d'achat des classes moyennes est régulièrement proclamée, il est temps d'abolir les droits de douane sur les produits industriels.

Certes, il s'agit d'une mesure qui serait prise unilatéralement par notre pays. Mais cette mesure est intelligemment conçue. Il est prévu d'abaisser à 0 franc les droits de douane appliqués aux produits industriels. Mais, à tout moment, le Parlement pourrait réintroduire des droits de douane dans les limites prévues par les accords de l'Organisation mondiale du commerce. A noter qu'aujourd'hui, les droits de douane industriels ne constituent plus vraiment une monnaie d'échange décisive en cas de négociation d'accords. Et les produits agricoles, les matières fourragères et les produits de la pêche ne sont, évidemment, en rien concernés par la réforme qui nous est présentée.

On pourrait alors se demander si la suppression unilatérale des droits de douane sur les produits industriels pourrait naturellement conduire un jour à l'abolition des droits de douane sur les produits agricoles. Un tel risque paraît très faible, voire nul.

En effet, la suppression des droits de douane sur les produits agricoles chamboulerait complètement la politique agricole telle qu'elle est conçue aujourd'hui. Or, le peuple et les cantons ont massivement accepté, en septembre 2017, d'ancrer dans la Constitution fédérale une disposition consacrée à la sécurité alimentaire. Cette disposition voulue par la population ne pourrait tout simplement plus être respectée en cas d'abolition des droits de douane sur les produits agricoles. La crainte d'un démantèlement des droits de douane agricoles paraît dès lors infondée.

La majorité de la Commission de l'économie et des redevances dénonce la perte de recettes fiscales qu'entraînerait pour la Confédération la suppression des droits de douane sur les produits industriels. Il s'agit d'un montant estimé à quelque 540 millions de francs, en tout cas si on se réfère aux données chiffrées de l'année 2018. Or, pendant le deuxième trimestre de cette année, le Parlement aura adopté des crédits supplémentaires en lien avec la crise sanitaire et économique de quelque 75 milliards de francs. Il faut mettre en relation les 540 millions dont nous parlons avec ces 75 milliards. En effet, 540 millions, cela représente 0,7 pour cent des crédits supplémentaires que nous aurons adoptés au cours du deuxième trimestre de cette année.

A cela s'ajoute le fait que ces 540 millions de francs de perte de recettes fiscales découlent d'une estimation statique: ce sont 540 millions, toutes choses étant égales par ailleurs. Mais on pourrait privilégier une approche dynamique. La suppression des droits de douane sur les produits industriels entraînera en effet une hausse



de l'activité économique, qui engendrera à son tour une augmentation des recettes fiscales. C'est d'ailleurs le propre d'un plan de relance de l'économie. Dans un premier temps, un plan de relance représente un coût pour l'Etat. Mais dans un second temps, au moment de son déploiement et de la stimulation de l'activité économique qu'il favorise, un plan de relance rapporte des recettes nouvelles à la collectivité.

Pour tous ces motifs, le groupe libéral-radical vous encourage à entrer en matière sur la réforme présentée par le Conseil fédéral.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Die grünliberale Fraktion steht der Vorlage positiv gegenüber, wir werden auf die Vorlage eintreten. Wir wollen aber eine Kombination mit einem Grenzausgleichssystem, das die Industriezölle ablöst, so, wie das vorhin auch die Sprecherin der grünen Fraktion, Franziska Ryser, ausgeführt hat.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive befürworten wir freien Wettbewerb und Handel und darum auch den Abbau von Zöllen. Wettbewerb hat volkswirtschaftlich positive Effekte, führt zu hoher Qualität und effizientem, schonendem Umgang mit Ressourcen und senkt auch die Preise. Der Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit wird an Wichtigkeit gewinnen, auch im Lichte der Nachwehen der aktuellen Krisensituation.

Wir sprechen uns zudem gegen den Zeitgeist der Abschottung aus, den wir mit Sorge beobachten. Handel ist für eine weltoffene, exportorientierte Schweiz zentral und fördert überdies Frieden und Wohlstand weltweit. Klar ist, dass ein Handelssystem auf Fairness beruhen und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden muss – und ja, da gibt es noch Verbesserungsbedarf.

Wenn Industriezölle wegfallen, dann profitieren Unternehmen von günstigeren Vorleistungen und der Reduktion ihrer Produktionskosten und die Konsumentinnen und Konsumenten, wenn ihnen die Preisreduktionen weitergegeben werden. Die Schätzungen gehen diesbezüglich von 350 Millionen Franken aus. Der Bundesrat gedenkt, dazu auch ein Monitoring einzurichten, um zu beobachten, ob die Weitergabe der Preisvorteile wirklich stattfindet. Es spielt natürlich eine Rolle, was Sie in Ihrem Warenkorb, in Ihrem Einkaufskorb haben, welche Preissenkung Ihnen weitergegeben wird. Es führt dort zu Preissenkungen, wo die Zollbelastung heute hoch ist. Das ist insbesondere im Bereich Textil, Bekleidung und Schuhe der Fall; dort wird mit einer Preissenkung von bis zu 3,6 Prozent gerechnet.

Trotzdem hat die Vorlage für uns einen gewichtigen Mangel. Wir werden nicht darum herumkommen, das Zollsystem mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen; die Klimaziele sind sonst nicht erreichbar. Dieser Schritt muss für uns jetzt gemacht werden.

Wir wollen Zölle differenzieren, und zwar nicht nach protektionistischen Überlegungen, wie das heute gemacht wird, sondern nach Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien. Zölle sind ein Steuerungsinstrument, das sich hervorragend eignet, um Produktion und Konsum in nachhaltigere Bahnen zu lenken. Das wollen wir, und das müssen wir auch, um mit den Klima- und Nachhaltigkeitszielen im Sinne von "Tax bads, not goods" auf Kurs zu kommen.

Industriezölle sollen von einem sogenannten Grenzausgleichssystem, Border Tax Adjustments, abgelöst werden; das war in der vergangenen Legislatur in der WAK und auch im Rat immer wieder ein Thema. Wir haben Anträge eingebracht und unterstützt, zuletzt auch im Rahmen der Fair-Food-Initiative. Mittlerweile gibt es aber zu Border Tax Adjustments umfassende ökonomische Literatur. Neu ist auch, dass wir sehr gute Daten zur CO₂-Intensität der einzelnen Güter haben, die in die Schweiz importiert werden. Es ist mittlerweile auch besser geklärt, wie man es ausgestalten muss, damit es WTO-kompatibel ist.

Wenn energieintensive Güter bezollt werden und ressourcenschonende nicht, führt das zu einer verbesserten Ressourceneffizienz und schafft einen Markt für klimafreundlichere Alternativen. Es bringt auch Einnahmen – in der Kommission wurde dieses Konzept präsentiert: Wir haben Schätzungen von 5 Milliarden Franken Einnahmen pro Jahr gehört. Die Ausfälle, die durch die Abschaffung von Industriezöllen auf emissionsarmen Produkten entstehen, würden also bei Weitem kompensiert werden. So reduzieren wir gleichzeitig die Folgekosten, die entstehen, wenn wir weiterhin zu wenig tun, um Umweltschäden zu reduzieren.

Klar ist, dass wir das am sinnvollsten nicht unilateral, sondern im Rahmen einer grösseren Klimakoalition einführen, das ist volkswirtschaftlich vorteilhafter. Doch ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir jetzt auch die Abschaffung der Industriezölle unilateral diskutieren. Es sollte also auch möglich sein, unilateral etwas Neues einzuführen. Diesbezüglich hat sich in den letzten Monaten einiges entwickelt: Die EU will im Rahmen des Green Deal und zur Umsetzung des Klimaabkommens von Paris Klimazölle einführen, und der Europäische Rat nahm am 12. Dezember 2019 die Absicht der

AB 2020 N 656 / BO 2020 N 656

Kommission zur Kenntnis, ein CO₂-Grenzausgleichssystem für CO₂-intensive Sektoren vorzuschlagen.

Wir Grünliberalen meinen, es wäre eine verpasste Chance, wenn wir jetzt nicht nach Nachhaltigkeitskriteri-





en differenzieren würden. Wir werden darum auf das Geschäft eintreten und die Rückweisung unterstützen, die Rückweisung, die in der Kommission bereits beantragt ist. Es ist die Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit dem Auftrag, eine Differenzierung der Zollbefreiung von Industriegütern nach Nachhaltigkeitskriterien vorzunehmen. Nur Produkte mit geringen CO₂-Emissionen und Produkte, für die hohe ökologische Mindeststandards gesetzt werden, sollen von Industriezöllen befreit werden. Wir haben in der Schweiz eine gute Datenbasis, wir haben einen definierten CO₂-Preis. In Kombination mit der Abschaffung der Industriezölle ist das jetzt der richtige Zeitpunkt. Die Schweiz ist prädestiniert, um ein altes Zollsystem durch ein neues, innovatives abzulösen.

In diesem Sinne werden wir auf die Vorlage eintreten und den in der Kommission bereits gestellten Rückweisantrag unterstützen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Dans son message du 27 novembre 2019, le Conseil fédéral a proposé au Parlement de supprimer les droits de douane sur les produits industriels et de simplifier la structure du tarif des douanes au 1er janvier 2022. Cela a été dit par certains d'entre vous, c'est aussi une des pièces du puzzle de la lutte contre l'îlot de cherté qu'est la Suisse, ce n'est pas la seule mesure. Aujourd'hui, face à la crise du coronavirus, l'enjeu est encore plus important.

L'administration fédérale examine toutes les mesures utiles afin de faciliter le commerce et de soutenir la reprise économique. Cependant, la suppression des droits de douane sur tous les produits industriels reste la mesure la plus importante et la plus utile pour soutenir l'industrie suisse à la sortie de cette crise. Ce secteur de l'économie est en grande partie à la source de notre prospérité et de l'emploi. Elle sera fortement dépendante de la situation économique à l'étranger et davantage confrontée à une âpre concurrence sur les marchés internationaux, ce qu'il ne faut pas oublier.

Ce n'est pas une simple mesure de soutien ponctuelle. Premièrement, cela constitue une véritable réforme structurelle, qui sera efficace non seulement à court terme, mais aussi sur la durée. Deuxièmement, elle bénéficie à l'industrie d'exportation et elle sécurise des emplois en Suisse. Elle prend effet aussi en diminuant le coût des intrants. Troisièmement elle bénéficie aux petites et moyennes entreprises, qui profiteront d'un allègement administratif important. Quatrièmement, elle bénéficie aux consommatrices et aux consommateurs en allégeant les prix à la consommation, notamment pour des produits utilisés au quotidien tels que les vêtements et les chaussures, pour en citer quelques-uns.

Le vote a été serré au sein de la commission. D'une part, la majorité de la commission estime que les risques seraient trop importants et les avantages pour l'économie et les consommateurs trop faibles. Ont également été critiqués durant les travaux de la commission l'affaiblissement du pouvoir de négociation de la Suisse de nouveaux accords de libre-échange et l'augmentation de la pression sur les droits de douane agricoles.

Ces arguments ne résistent pas à une analyse objective. Nous avons examiné avec soin les impacts de cette mesure, avec toute une série d'études scientifiques à l'appui. Le Conseil fédéral est arrivé à la conclusion que les bénéfices sont largement plus importants que les coûts.

J'ai entendu dire que la suppression des droits de douane sur les produits industriels creuserait un trou dans le budget fédéral. Nous parlons, et cela a été rappelé par plusieurs intervenants, d'une perte de recettes de 560 millions de francs environ pour l'ensemble de la Confédération, ce qui représente 0,7 pour cent des recettes totales. Le Conseil fédéral avait intégré ce projet dans son plan financier. En outre, vu les autres mesures prises dans le cadre de la crise actuelle, la suppression des droits de douane représente une mesure stimulante. L'argument du risque financier ne tient donc pas.

Permettez-moi maintenant de passer aux bénéfices tirés de cette mesure et d'en citer quelques-uns parmi les plus importants. Premièrement, l'effet positif sur l'ensemble de l'économie sera d'environ 860 millions de francs. Une économie plus compétitive investit davantage, maintient et crée des emplois. Les prix à la consommation baisseront. Les effets estimés sur les prix sont d'environ 350 millions de francs en faveur des consommatrices et des consommateurs de notre pays, mesurés en fonction de leurs dépenses annuelles. En même temps, le pouvoir d'achat des consommateurs sera accru.

Deuxièmement, il faut citer l'allègement de la charge administrative des entreprises et le renforcement de l'attrait de la place économique suisse. Selon une étude menée par un institut de recherche, la mesure entraînerait une diminution de la charge administrative liée au dédouanement de quelque 100 millions de francs, soit environ 20 pour cent des coûts totaux du dédouanement pour les entreprises en Suisse.

Il faut souligner que cette somme est le résultat d'une estimation prudente. Cette dernière ne tient en effet pas compte des autres coûts administratifs engendrés lors du franchissement de la frontière. Ce sont par exemple la formation du personnel, les amendes douanières potentielles, etc. Ces allègements administratifs sont particulièrement importants pour les PME. Souvent, elles manquent de savoir-faire en interne; elles doivent dès



lors recourir aux services de transitaires spécialisés. Par ailleurs, la simplification du tarif des douanes pour les produits industriels va de pair avec la suppression des droits de douane. M. Feller l'a rappelé à la tribune: cela permet de simplifier le tarif des douanes suisse, qui est actuellement, selon le World Economic Forum, le plus complexe du monde.

Ce projet, je l'ai dit, va aussi profiter aux consommatrices et aux consommateurs dans leur vie de tous les jours. 50 pour cent des importations suisses sont des biens de consommation, et 70 pour cent des droits de douane payés aujourd'hui sont prélevés sur des biens de consommation. Je l'ai dit, cela concerne notamment les chaussures, les vêtements. Alors il est facile de citer globalement des pourcentages – comme 0,1 ou 1,8 pour cent dans le message du Conseil fédéral –, mais sur certains objets de consommation courante, les droits de douane s'élèvent jusqu'à 55, voire 60 pour cent. Pour ces produits, le projet va bénéficier directement aux consommatrices et aux consommateurs; il s'agit des produits de soins corporels, des appareils électroménagers, des vélos, etc.

Ce projet répond aussi à plusieurs demandes et à plusieurs problèmes soulevés dans des interventions parlementaires ces dernières années. Je vais en citer trois, prises de manière arbitraire. Premièrement, la motion Sauter 17.3564, qui visait précisément à la suppression des droits de douane sur les biens industriels. Avec ce projet, cette motion sera mise en oeuvre. Deuxièmement, j'ai découvert, en préparant ce dossier, que la différence entre les droits de douane frappant les vêtements masculins et féminins va enfin être abolie. Il existe à ce sujet des questions et des interventions parlementaires qui remontent à 2015, par exemple la question Feri 15.1000, à l'an 2000, comme la question Fehr Jacqueline 00.1038, ou même à 1999, comme la motion von Felten 99.3285. Mieux vaut tard que jamais, mais, avec ce projet, cette discrimination disparaîtrait.

On a parlé aussi des obstacles aux importations parallèles des voitures de tourisme, qui vont disparaître. Naturellement, on ne change pas de voiture tous les jours, mais il n'y aura plus besoin de certificat d'origine. Ceux-ci sont souvent difficiles à obtenir, et les importateurs de voitures indépendants auront ici un avantage qui pourra être répercuté sur les consommateurs. Je l'ai déjà dit, c'est une pièce du puzzle de la lutte contre l'îlot de cherté, mais c'est une pièce importante.

La question du monitoring est, elle aussi, importante pour pouvoir surveiller et analyser les répercussions du projet. Nous devons suivre cela attentivement avec les milieux proches de la consommation. Le Bureau fédéral de la consommation devrait aussi être mis à contribution.

Certains d'entre vous ont mis en question le pouvoir de la Suisse lors de la négociation de nouveaux accords de libre-échange ou émis des craintes à ce sujet. Ils ont craint que ce

AB 2020 N 657 / BO 2020 N 657

pouvoir de négociation soit affaibli. Je vous rassure, la Suisse sera toujours en mesure de conclure des accords de libre-échange avec succès, même après la suppression des droits de douane sur les produits industriels. Ce sont les mêmes experts au sein du SECO qui sont en charge de négocier ces accords de libre-échange qui sont arrivés à la conclusion que les droits de douane sur les produits industriels, aujourd'hui déjà, ne constituent plus une monnaie d'échange décisive dans ces négociations. C'est vrai, l'expérience montre que les partenaires de négociation sont non seulement intéressés par la réduction des droits de douane agricoles, mais aussi et surtout par la réduction des droits de douane dans d'autres domaines, tels que les services, les investissements, la propriété intellectuelle. L'exemple d'autres pays comparables, tels que le Canada, la Nouvelle-Zélande, Singapour, et aussi de nos partenaires de l'AELE, l'Islande ou la Norvège, montre très clairement que ces pays ont pu conclure de nouveaux accords de libre-échange avec succès, même après la suppression unilatérale des droits de douane sur les produits industriels.

Cela ne va pas – et c'est une autre crainte qui a été exprimée à la tribune – augmenter la pression sur les droits de douane des produits agricoles. Ces derniers ne seront pas touchés, ils sont basés sur la politique agricole actuelle. Le système de protection douanière en faveur de la production agricole en Suisse est aussi largement accepté par la population. Quand le Conseil fédéral négocie des accords de libre-échange avec des partenaires importants, nous prenons toujours soin de veiller à leur compatibilité avec la politique agricole. Cela a été fait jusqu'ici, cela continuera à se faire, il n'est pas question de toucher aux droits de douane sur les produits agricoles. Les modifier aurait d'une certaine manière pour conséquence de ne plus respecter l'article 104a de la Constitution, lequel exige un minimum d'approvisionnement pour le pays. Dans cette salle, au Conseil fédéral et dans l'administration, je n'ai encore trouvé personne qui ait des tendances suicidaires suffisamment fortes pour proposer une telle mesure.

Finalement, je relève un point important dont on a peu discuté: les pays en voie de développement vont aussi bénéficier en première ligne de la suppression des droits de douane sur les produits industriels. Cette suppression constituera donc aussi dans ce sens une aide efficace et directe au développement: les textiles



en provenance de ces pays ne seront plus soumis aux droits de douane, comme c'est le cas aujourd'hui, et les exportateurs de ces pays vont aussi bénéficier de l'allègement administratif, parce qu'ils vont être dispensés de devoir délivrer ces fameux certificats d'origine. Je pense que du côté gauche de l'hémicycle on devrait être sensible à cet aspect.

Pour conclure, je vous rappelle que cette mesure représente une réforme importante. L'environnement actuel est extrêmement tendu. La politique commerciale internationale, on le sent, est influencée par la crise du coronavirus, et cela augmente davantage la pression, les risques et les incertitudes pour les entreprises. Notre économie vit une période extrêmement difficile. Dans cette situation, c'est notre devoir de promouvoir les meilleures conditions-cadres possibles pour l'économie.

La suppression des droits de douane sur les produits industriels telle qu'elle vous est proposée va renforcer notre économie à un moment important. C'est une mesure forte en faveur de notre industrie, de l'emploi et des consommateurs. C'est un véritable programme d'impulsion, qui arrive de surcroît à un moment crucial pour notre industrie. Pour que les effets positifs de cette mesure se déploient pleinement, il est important aussi que la date proposée pour la mise en oeuvre soit acceptée, puisqu'elle correspond à celle du nouveau tarif douanier Dazit et à la mise à jour de la classification douanière internationale telle qu'elle est prévue. Voilà ce que je voulais dire dans mon intervention.

Vous êtes saisis d'un projet stratégique. Le calendrier de mise en oeuvre est lui-même stratégique du fait de l'actualité. Notre industrie des machines, notre industrie textile, nos petites et moyennes entreprises souffrent terriblement de la crise. De nombreuses places de travail sont en jeu. Les chefs d'entreprise, dans notre pays, se battent tous les jours pour la survie de leur entreprise, pour la survie de leur PME. Les travailleurs, les travailleuses, les apprentis qui sont formés dans ces entreprises – et si vous prenez simplement l'industrie des machines, il y en a plusieurs milliers – se font du souci pour leur job.

En entrant en matière sur ce projet et en l'acceptant, vous donneriez une impulsion essentielle; ce serait une bouffée d'oxygène qui pourrait être vitale pour plusieurs de ces PME. Ne les décevez pas! Ne réfléchissez pas à court terme, ne regardez pas par le petit bout de la lorgnette, mais réfléchissez à moyen ou à long terme. Elles vous en sauront gré.

Je vous prie d'entrer en matière.

Gmür Alois (M-CEB, SZ): Herr Bundesrat, die Schweiz wird Ende Jahr einen Rekord-Schuldenstand von etwa 140 Milliarden Franken haben. Die Einnahmen werden wahrscheinlich ziemlich stark einbrechen. Jetzt sollen wir freiwillig auf über 500 Millionen Franken verzichten, ohne einen tatsächlichen Notstand bei der Industrie zu haben. Wie können wir mit einer solchen Politik zukünftig die dringend notwendigen Einnahmen sichern?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Merci pour votre question, Monsieur Gmür, j'y réponds volontiers. Le Conseil fédéral est conscient de cette situation. Il travaille sur le dossier de l'augmentation subite de la dette. Je vous rappelle que les PME sont une composante essentielle du tissu industriel suisse. Si ces entreprises ne peuvent pas survivre parce que les conditions-cadres se sont détériorées, ce seront aussi des recettes fiscales qui disparaîtront, ce seront aussi des cotisations aux assurances sociales qui disparaîtront, ce seront aussi des gens qui se trouveront à l'assurance-chômage. Cela représentera des coûts énormes. Ce seront aussi des moyens pour la formation qui risquent de ne plus pouvoir être attribués.

L'augmentation de la dette est un aspect qui doit être traité sérieusement, et le Conseil fédéral s'y est attelé. Mais ce projet est là pour aider vraiment à passer ce cap et pour avoir un avantage au moment où l'économie redémarrera. C'est pour cela que ce projet est stratégique.

Roduit Benjamin (M-CEB, VS): Monsieur le conseiller fédéral, vous l'avez dit, la suppression des droits de douane industriels n'aurait pas d'influence sur les négociations dans le domaine agricole. Mais ne pensez-vous pas que, dans le cadre de nouveaux accords de libre-échange, nous allons perdre un outil intéressant de négociation et que nous serons même tenus d'abaisser finalement notre protection douanière agricole vis-à-vis de partenaires, qui sont toujours plus offensifs, comme vous l'avez dit?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Je vous remercie pour votre question, Monsieur Roduit. Non – et je l'ai dit je crois très clairement – il n'est pas dans les intentions du Conseil fédéral, ni maintenant ni dans un projet futur, de diminuer les droits de douane agricoles.

Dans les négociations qui sont menées avec certains pays, il s'agit de concessions relatives à des contingents tarifaires ou de concessions demandées pour des aspects de service ou d'autres aspects économiques. Naturellement, on cherche toujours à obtenir de la Suisse, qui est importatrice nette de produits agricoles, des avantages. Mais nous restons totalement libres, le cas échéant, de décider et d'accorder, dans le cadre de



contingents bien ciblés, des concessions. C'est ce qui a été fait dans le cadre des accords avec l'Indonésie et le Mercosur. Mais il n'a jamais été question, et il n'est pas question, je le répète, de vouloir baisser les droits de douane sur les produits agricoles. Nous pouvons aussi renoncer à certaines négociations, et c'est ce que fait le Conseil fédéral de temps en temps.

Borloz Frédéric (RL, VD): Monsieur le conseiller fédéral, vous le savez, je préside la Fédération suisse des vigneron·nes, qui relève donc du secteur agricole. Les milieux agricoles sont inquiets. Vous avez confirmé qu'il n'y avait aucune intention de toucher aux droits de douane agricoles, je ne vous

AB 2020 N 658 / BO 2020 N 658

repose donc pas de question à ce sujet. En revanche, vous nous avez dit également que cette diminution de 560 millions de francs était d'ores et déjà intégrée dans la planification financière. J'ai donc une question en deux volets.

Premièrement, pouvez-vous me confirmer que, cette diminution de recettes étant planifiée, elle n'aura pas d'impact sur le paquet agricole, c'est-à-dire sur l'aide financière apportée au monde agricole en Suisse? Deuxièmement, pouvez-vous me confirmer que, le cas échéant, l'initiative populaire "pour la sécurité alimentaire", largement adoptée par le peuple suisse il y a peu de temps serait le barrage idéal contre toute modification des droits de douane puisqu'il s'agit bien d'une décision populaire en faveur de la situation agricole actuelle?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Merci pour cette question en deux parties, Monsieur Borloz. Concernant l'aide financière de la Confédération, la planification financière est faite; elle est réactualisée régulièrement par le Conseil fédéral en fonction de différents critères. C'est ensuite le Parlement qui, chaque année, au niveau budgétaire, décide de la suite des opérations. Comme vous l'avez dit – vous avez répété ce que j'ai dit –, il y a l'article 104a de la Constitution, qui est extrêmement clair. Si par hypothèse on devait réduire la protection à la frontière en matière de droits agricoles, il y aurait le risque de baisser fortement le taux d'autoapprovisionnement de notre pays, ce que personne ne souhaite. Et cela irait clairement à l'encontre de la décision populaire.

Köppel Roger (V, ZH): Geschätzter Herr Bundesrat, Sie gehören einer Partei an, die immer wieder kritisiert hat, dass der Bundesrat Vorteile in den Verhandlungen zu leicht preisgibt, dass die Schweiz, vor allem ihre Regierung, geradezu den Weltmeistertitel anstrebt im Einknicken, im Nachgeben, im Preisgeben. Bitte erklären Sie mir, warum Sie jetzt zum glühenden Verfechter der Preisgabe eines offensichtlich – sonst würden wir nicht so lange darüber diskutieren – bedeutenden Verhandlungspfands wurden. Warum soll die Schweiz dieses Pfand hergeben, ohne eine Gegenleistung, ohne dass unsere Diplomaten, Ihre Handelskollegen, Ihre Angestellten in Ihrem Departement für die Preisgabe dieser Zölle irgendetwas herausgeholt haben? Wieso soll die Schweiz dieses Pfand verschenken? Kein Land – korrigieren Sie mich –, kein Land auf diesem Planeten, das ich kenne, ist bereit, Zölle einfach unilateral preiszugeben und zu verschenken. Wie begründen Sie dies?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Monsieur le conseiller national Köppel, vous êtes mal renseigné. Je l'ai dit dans mon intervention, il y a des pays qui ont renoncé unilatéralement aux droits de douane industriels. Il faut bien voir qu'avec le système de préférences, dans la plupart des cas, les droits de douane sont déjà abandonnés. Il y a quelques cas, même avec des accords de libre-échange, où fournir la preuve d'origine entraîne un tel travail administratif que finalement les entreprises préfèrent payer les droits de douane – le coût administratif est trop élevé. Tout cela, avec la simplification que nous proposons, va disparaître.

On n'abandonne donc pas un atout au niveau de la négociation. Dans les faits déjà, lors de la négociation d'un accord de libre-échange, les partenaires ne demandent pas spécifiquement quelque chose dans ce domaine. Ce n'est plus un avantage pour la négociation, c'est même devenu un obstacle.

Sauter Regine (RL, ZH): Herr Bundesrat, Kollege Gmür hat vorhin gesagt, die Abschaffung der Industriezölle sei nicht nötig, weil die Industrie ganz offensichtlich keine Probleme habe. Teilen Sie diese optimistische Haltung?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Non, je l'ai expliqué, Madame Sauter: c'est pour cela que ce projet vous est soumis, et qu'il faut entrer en matière et l'adopter.

Ritter Markus (M-CEB, SG), für die Kommission: Lassen Sie mich aus Sicht der Kommission nochmals auf vier Punkte, die jetzt in der Diskussion speziell hervorgetreten sind, eingehen.

1. Aus Sicht der Exportindustrie wurde erwähnt, dass man jetzt etwas für die finanzielle Entlastung tun müsse.



Ich möchte nochmals daran erinnern, dass wir letztes Jahr, am 19. Mai, über die Unternehmensbesteuerung abstimmen, wodurch die Unternehmen um 2 Milliarden Franken Steuern entlastet werden. Diese Neuerung ist noch nicht einmal in allen Kantonen umgesetzt und wird vor allem die gewinnträchtigen Unternehmen in der Exportindustrie sehr stark entlasten.

2. Die administrative Entlastung: Es wurde ausgeführt, dass die Exportindustrie auf diese administrative Entlastung angewiesen ist. Ich möchte daran erinnern, dass genau die Exportindustrie, die Maschinenindustrie, die viele Vorprodukte im Ausland einkauft, hier verarbeitet und einsetzt, diese Vorprodukte nach wie vor verzollen muss, weil sie die Ursprungsnachweise braucht. Hier wird sich für die Exportindustrie an der heutigen Verzollung nichts ändern.

3. Der Bundesrat hat gesagt, es sei ein strategisches Geschäft. Ja, da hat er recht. Eine Strategie legt fest, wie man etwas umsetzt. Die Exportindustrie setzt auf Freihandelsabkommen. Wenn wir aber im Hinblick auf künftige Freihandelsabkommen jetzt die Hälfte der Verhandlungsmasse, die wir an Zöllen noch haben, aufgeben, dann ist das wahrscheinlich keine weitsichtige Strategie.

4. Der Bundesrat hat auf die Frage nach der Gegenfinanzierung gesagt, dieses Projekt sei im Finanzplan des Bundesrates integriert. Wir haben diesen Finanzplan in der Wintersession 2019 hier diskutiert. Dieser Finanzplan dürfte in weiten Teilen sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite überholt sein. Ein Verweis auf den Finanzplan genügt nicht mehr. Es braucht eine Gegenfinanzierung, damit wir uns solche Einnahmenausfälle leisten können.

Ich bitte Sie daher im Namen der Mehrheit der Kommission, ihr zu folgen und nicht auf die Vorlage einzutreten.

Bendahan Samuel (S, VD), pour la commission: Monsieur le conseiller fédéral, vous avez dit que personne n'a été assez fou pour proposer des baisses de droits de douane dans le secteur agricole. Mais il y a bien une raison pour cela: c'est dommageable pour le secteur agricole s'il n'y a pas de compensations. Et le dommage est mécaniquement le même pour le secteur industriel. Donc on a bien un problème: des entreprises industrielles vont souffrir de cette suppression. Pourquoi? Parce que, vous l'avez dit, c'est un soutien à l'industrie d'exportation, mais c'est un soutien à l'industrie d'exportation des autres pays évidemment. Or, ce que nous souhaitons, c'est que les négociations se fassent de manière bilatérale pour soutenir aussi l'industrie d'exportation de notre pays, et pour qu'un accord commun soit trouvé.

Plusieurs personnes ont mentionné que ces 560 millions de francs ne représentaient pas grand-chose, par exemple par rapport au paquet de soutien en lien avec la crise du coronavirus – cela représente 0,7 pour cent. Mais il n'est pas possible de comparer une dépense unique pour une crise spéciale avec une dépense récurrente: sur les cent prochaines années, cela coûtera beaucoup plus cher que le paquet financier de soutien en lien avec la crise du coronavirus, parce que c'est chaque année que ce soutien aux entreprises aura lieu.

Ce n'est pas un problème de soutenir les entreprises; pourquoi pas d'ailleurs – nous avons défendu ce principe dans plein de cas. Mais il y a un élément fondamental à considérer en cas de soutien aux entreprises, c'est de savoir comment l'argent va être utilisé. Si on veut un plan de relance, il faut qu'il soit le plus efficace possible. Or ce qu'on a constaté avec la suppression des droits de douane industriels, c'est que ce sont beaucoup les intermédiaires qui vont en bénéficier et peu les consommateurs qui dépensent de l'argent et les exportateurs. Les intermédiaires risquent de profiter d'effets d'aubaine, d'augmenter leurs marges; ces moyens ne seront pas utilisés pour de la relance économique. Donc ce n'est justement pas une manière efficace et efficiente de dépenser l'argent public.

Enfin, vous avez dit, Monsieur le conseiller fédéral, et je pense que c'est une vérité, que ce n'était pas parce qu'on décidait de mettre en place de façon unilatérale cette suppression des droits de douane qu'on n'arriverait pas à avoir

AB 2020 N 659 / BO 2020 N 659

plus tard un accord. C'est juste, on aura un accord. Si vous voulez acheter un vélo à un marchand de vélos, et qu'avant d'aller le voir vous lui versez unilatéralement 500 francs, il va quand même vous vendre un vélo, mais vous aurez perdu 500 francs dans l'histoire, que vous ne pourrez pas utiliser pour votre achat; votre vélo coûtera donc plus cher. En donnant unilatéralement quelque chose, le prix total sera plus élevé; l'accord sera donc moins bon. On aura un accord, mais il sera simplement moins bon.

Ce que nous proposons, c'est une négociation globale qui tient compte à la fois des critères écologiques et des avantages qu'on peut avoir aussi à soutenir notre industrie d'exportation par la suppression des droits de douane des autres pays. Si on avait cela, du point de vue de la commission, le projet serait nettement meilleur.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Je souhaite un joyeux anniversaire à nos collègues Mme Esther





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Vierte Sitzung • 04.06.20 • 08h00 • 19.076
Conseil national • Session d'été 2020 • Quatrième séance • 04.06.20 • 08h00 • 19.076



Friedli et M. Laurent Wehrli. (*Applaudissements*)

Nous votons sur la proposition d'entrée en matière de la minorité Gössi. La majorité de la commission propose de ne pas entrer en matière.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.076/20436)

Für Eintreten ... 83 Stimmen

Dagegen ... 108 Stimmen

(4 Enthaltungen)